

31/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Generalsekretär Volker Rühe:

Rot-Grün bleibt auch weiter Schwerpunkt der Auseinandersetzung

Die CDU hat bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen im Vergleich zu 1984 Stimmen eingebüßt und zum Teil erhebliche Verluste hinnehmen müssen. Besonders bedauerlich ist, daß sie in Aachen und Krefeld nicht mehr den Oberbürgermeister stellen wird. Für die CDU gibt es also keinen Grund zur Zufriedenheit.

Ein Vergleich des Kommunalwahlergebnisses mit dem Ausgang der letzten Europawahl in NRW zeigt, daß die CDU fast zwei Prozent zulegen konnte. Man kann mit Recht davon sprechen, daß sich für die CDU eine Trendwende abzeichnet und das Stimmungsbarometer für sie steigt. Der Herbst-Trend ist eindeutig besser als der Frühjahrs-Trend. Der Vergleich zur Europawahl 1989 ist deswegen realistisch, weil die Europawahl eine vergleichbare Wahlbeteiligung aufweist, erst kurz zurückliegt und damit unter ähnlichen politischen Rahmenbedingungen wie die Kommunalwahl stattgefunden hat.

Die SPD ist ein freudloser Sieger. Sie hat ihr selbstformuliertes Wahlziel nicht erreicht. In ihrem Wahlhandbuch hatte sie noch festgestellt: „In diesem Jahr haben die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen erstmals die Chance, die Ergebnisse vor Ort in Städten und Kreisen an den Landestrend zu koppeln. Unser Ziel: Auch bei den Kommunalwahlen landesweit die 50 %-Marke zu erreichen.“

(Fortsetzung auf Seite 3)

HEUTE AKTUELL

● Kommunalwahlen

Norbert Blüm: Es gibt keinen Grund zur Resignation. Seite 4

● Deutschlandpolitik

Volker Rühe: Die Demokratisierung der DDR ist unumgänglich geworden. Seite 10

Alfred Dregger: Freie Wahlen für die Menschen in der DDR. Seite 13

● Soziales

Neues Jugendhilferecht verabschiedet: Bundesregierung hat Wort gehalten. Seite 18

● Baden-Württemberg

Landesparteitag in Heilbronn: Eine Welle der Solidarität für Lothar Späth. Seite 19

● Rheinland-Pfalz

Landesparteitag in Mainz: Drei Ämter sollen künftig reichen. Seite 21

● Dokumentation

Gerhard Stoltenberg: Lärmbelastung durch Tiefflüge wird halbiert. Grüner Teil

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im Vergleich

	Kommunalwahlen ¹⁾			Landtagswahl 1985			Bundestagswahl 1987 ²⁾			Europawahl 1989		
	1989 Anzahl	%	Anzahl	1984 Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	12879023	—	12605567	—	12705763	—	12827646	—	12926753	—		
Wahlbeteiligung	8440560	65,5	8296300	65,8	9560681	75,2	10956596	85,4	8058446	62,3		
Gültige Stimmen	8293335	—	8167160	—	9479440	—	10870092	—	7988861	—		
SPD	3561843	42,9	3471231	42,5	4942346	52,1	4693081	43,2	3479586	43,6		
CDU	3110879	37,5	3447118	42,2	3463656	36,5	4357794	40,1	2854797	35,7		
Grüne	690864	8,3	665532	8,1	431371	4,6	813071	7,5	634959	7,9		
FDP	536752	6,5	394119	4,8	565413	6,0	909141	8,4	453489	5,7		
DKP	26400	0,3	35952	0,4	—	—	—	—	18750	0,2		
Zentrum	2831	0,0	2213	0,0	3366	0,0	9081	0,1	17455	0,2		
NPD	10816	0,1	117	0,0	—	—	41530	0,4	—	—		
DVU	1408	0,0	—	—	—	—	—	—	106949	1,3		
HP	202	0,0	—	—	280	0,0	—	—	2590	0,0		
MLPD	1917	0,0	—	—	3338	0,0	3579	0,0	3277	0,0		
ÖDP	12703	0,2	—	—	—	—	16395	0,2	29074	0,4		
Patrioten	207	0,0	—	—	—	—	3931	0,0	2632	0,0		
Republikaner	193691	2,3	—	—	—	—	—	—	328952	4,1		
FWG	129195	1,6	142471	1,7	—	—	—	—	—	—		
Einzelbewerber	2111	0,0	2627	0,0	554	0,0	—	—	—	—		

¹⁾ Stadtvorordnetenwahlen in den kreisfreien Städten und Kreistagswahlen in den Kreisen

²⁾ Zweistimmen

Wir müssen die sich verbessernde Stimmung jetzt auch in Stimmen umsetzen

(Fortsetzung von Seite 1)

Dieses Ziel haben die Sozialdemokraten klar verfehlt. Von einer absoluten Mehrheit ist die SPD weit entfernt. Den erhofften 50 %-Trend gibt es nicht. Es bestehen daher gute Aussichten, die absolute Mehrheit der SPD bei der Landtagswahl 1990 zu brechen.

Norbert Blüm und seine Mitstreiter im nordrhein-westfälischen Landesverband verdienen den Respekt und die Anerkennung der gesamten CDU. Sie haben einen Bergauf-Wahlkampf gegen eine SPD geführt, die ihre Wettbewerbsvorteile als alleinige Regierungspartei im Land voll zu ihren Gunsten ausgenutzt hat.

Das Abschneiden der radikalen Parteien und die niedrige Wahlbeteiligung legen den Schluß nahe, daß das Wahlverhalten einer Reihe von Bürgern immer noch von Denkzettelmentalität geprägt ist. Offenbar hat die Tatsache, daß viele Wähler den Kommunalwahlen eine insgesamt geringere Bedeutung zuschreiben als Landtags- und Bundestagswahlen zu dieser Entwicklung wesentlich beigetragen. CDU und SPD haben an die REP Stimmen verloren.

Aus dem Ergebnis der Kommunalwahl ziehen wir fünf wesentliche Folgerungen:

1. Die CDU wird ihre Auseinandersetzung mit den REP und den Grünen fortsetzen. Die Gefahren eines rot-grünen Bündnisses werden ein Schwerpunkt der politischen Auseinandersetzung bleiben. Die Zahl der rot-grünen Bündnisse in Nordrhein-Westfalen wird jetzt zunehmen, auch in Großstädten wie z. B. Aachen und Krefeld. Raus Absage an ein

rot-grünes Bündnis auf Landesebene ist völlig unglaublich, weil die SPD mit den Grünen in zahlreichen Städten und Gemeinden von Nordrhein-Westfalen koaliert und die rot-grüne Koalition auf Bundesebene bereits vorbereitet wird.

2. Da die CDU besser abgeschnitten hat, als noch vor Wochen prognostiziert wurde und der Koalitionspartner FDP sogar Gewinne verzeichneten konnte, werden die Leistungen der Bundesregierung beim Wähler wieder deutlich positiver gesehen. Ein enger Zusammenhalt und die geschlossene Darstellung der erreichten Erfolge werden in den kommenden Monaten von entscheidender Bedeutung sein. Dazu gehören insbesondere die Gesundheits-, die Renten- und die Steuerreform.

3. Die CDU wird auch in der künftigen Auseinandersetzung über die Deutschlandpolitik die Freiheitsfrage in den Vordergrund stellen. Wir freuen uns für die Flüchtlinge, denen die Bundesregierung jetzt in die Freiheit helfen konnte. Für die Zukunft muß aber die Devise sein, daß die Freiheit nach Dresden, Leipzig und Ost-Berlin kommen muß, damit nicht noch mehr Dresdner, Leipziger und Ost-Berliner in die Freiheit kommen müssen.

4. Alle demokratischen Parteien werden in Zukunft deutlich darauf hinweisen müssen, daß Denkzettelmentalität oder Wahlenthaltungen der Wähler nur den radikalen Parteien und Splittergruppen zugute kommen und damit die politische Stabilität unserer Demokratie gefährden.

5. Für die Union geht es bei den kommenden Wahlen darum, die besser werdende bundespolitische Stimmung in Stimmen umzusetzen.

Norbert Blüm: Es gibt für uns keinen Grund zur Resignation

Das Wahlergebnis hat zwei Gesichter: ein trauriges, das ist der Verlust von 4,7 Prozent gegenüber der Kommunalwahl vor fünf Jahren, aber auf der anderen Seite auch ein hoffnungsvolles Gesicht, denn in der Tat: nach vielen Wahlen, in denen sich die CDU auf der absteigenden Linie befand, ist das die Kurve nach oben, gegenüber der Europawahl 1,8 Prozent plus, SPD minus 0,7. Ich kann das ganze auch noch einmal gegenüber der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen darstellen: CDU plus eins, SPD minus 9.

Ich fasse zusammen: Es gibt keinen Grund, selbstzufrieden zu sein, aber auch keinen Grund zur Resignation, denn das Ergebnis berechtigt zur Zuversicht.

Das nächstliegendste Wahlergebnis für einen Vergleich ist die Europawahl. Dabei ist der politische Abstand noch geringer als der zeitliche, denn dazwischen liegt die Sommerpause, und vor dem CDU-Parteitag hat auch in Nordrhein-Westfalen der Wahlkampf nicht den Druck gehabt, der für einen Wahlkampf notwendig ist.

Wenn ich von Trendwende spreche, dann läßt sich das auch damit beweisen, daß Rau von seinem erklärten Ziel himmelweit entfernt ist. Die absolute Mehrheit ist außer Sichtweite. Aus dem Wahlhandbuch der SPD: „Warum soll uns jemand bei der Kommunalwahl 89 die Stimme verweigern, der uns bei der Landtagswahl 85 gewählt hat?“

Uns hatten ja manche sogar schon in den Keller gerechnet: um die 30 Prozent herum. Noch vor ein paar Tagen hatte die

SPD nach Infas 49 Prozent, und wir waren — WDR-verstärkt — immer ganz nahe am Keller eingeschätzt. Das hat sich als falsch erwiesen. Im Keller sind wir mit Sicherheit nicht, sondern im ersten Stock.

Wie geht es weiter? Da gibt es keinen Zweifel: das große schöne Land Nordrhein-Westfalen sprenkelt sich rot-grün. Im ganzen Land ist jedenfalls gestern abend damit schon begonnen worden, überall dort, wo für diese neue Eheschließung die Möglichkeit besteht. Und deshalb kommt Rau jetzt auch nicht um eine klare Position herum. Mit Ausreden wird er nicht weiterkommen. Er muß jetzt sagen, ob er bei der Landtagswahl für eine rot-grüne Mehrheit als Ministerprä-

Auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus nimmt der NRW-Landesvorsitzende Stellung zum Ergebnis der Kommunalwahlen

sident zur Verfügung steht oder nicht. Jetzt und nicht erst am Wahlabend, wie er bisher vertröstet hat. Jetzt hat der Wähler den Anspruch darauf zu erfahren, was passiert, wenn er SPD wählt.

Das zweite große Thema sind die Republikaner. Das Kindermärchen, daß das alles CDU-Entlaufene sind, kann mit dem Wahlergebnis nicht bewiesen werden. In den SPD-Hochburgen sind nicht nur Verluste der SPD festzustellen, sondern vergleichbare Gewinne der Republikaner. Beispiel Gelsenkirchen: SPD minus 5,6, Republikaner plus 7,4.

Ich glaube, es ist jetzt wichtig, die Auseinandersetzung mit den Republikanern zu suchen. In Aachen und in Krefeld kommt es nur deshalb zu rot-grünen Bürgermeistern, weil ein Teil der Bürger Republikaner gewählt hat. Wer Republikaner wählt, hilft rot-grünen Mehrheiten in den Sattel.

Für uns geht es um eine argumentative Auseinandersetzung mit den Republikanern, wobei die Themen aufzugreifen sind, aber ich trete in keinen Wettbewerb mit den Antworten, die die Republikaner beispielsweise zum Thema Deutschland geben. Sie beschwören Deutschland und machen Stimmung gegen unsere Landsleute, die hierher kommen: Ein Beitrag zur politischen Bewußtseinsspaltung.

Zu dem Thema Ausländer, auf dem die Republikaner ihre Suppe kochen: Ich werde mich nie einer Politik anschließen „Ausländer raus“. Allerdings ist richtig, daß wir den Anwerbestopp aufrechterhalten, und wer bei uns wählen will, der muß Staatsbürger werden. Insofern kein kommunales Wahlrecht.

Was das Thema Asyl anbelangt, werden wir immer dem Zuflucht geben müssen, der politisch verfolgt ist. Den unterscheiden wir von solchen, die aus Wohlstandsgründen zu uns kommen. Ich glaube, das Asylrecht ist kein allgemeines Sozialrecht. Die Probleme der Armut dieser Erde können nicht mit dem deutschen Asylrecht gelöst werden. Deshalb eine entschiedenere Abschiebungspraxis.

Zu unserem Wahlkampf: Wir werden eine sehr sorgfältige Wahlanalyse vornehmen, die ganz besonders die Schwachstellen im Blick hat. Man muß aus Wahlen seine Konsequenzen ziehen. Wer besser werden will, muß zur Korrektur fähig sein. Daß es solche Schwachstellen gibt, können Sie daran sehen, daß in nächster Nähe höchst unterschiedliche Wahlergebnisse zu finden sind.

Überraschung in Velbert

Daß sich unter der Oberfläche des Gesamtergebnisses der Kommunalwahlen für die CDU durchaus auch Erfolge verbergen, zeigt neben einer Reihe von Städten und Gemeinden vor allem das Beispiel Velbert.

Bei der Kommunalwahl 1984 hatte die CDU 19.869 (45,4 %) aller Stimmen, diesmal waren es 20.627 (47,3 %). Sieger der Wahl, der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinz Schemken, wollte es zunächst gar nicht glauben: „Ich bin ehrlich, aber an so einen Stimmenzuwachs habe ich nie und nimmer geglaubt.“

So ganz überraschend, wie es dem Kandidat für das Bürgermeisteramt am Wahlabend vorkam, ist das Wahlergebnis aber nicht. Zumaldest gibt es dafür gute Gründe. Einer davon: der intensive, unermüdliche und überzeugende Wahlkampf der Velberter CDU, ihrer Mitglieder und Kandidaten.

Thema Reformen: Ich denke an die Gesundheitsreform. Sie ist mit großen Umstellungsnotwendigkeiten verbunden. Mir war immer klar, daß das schwierig ist. Aber das kann nicht bedeuten, daß wir zurückweichen. Wer die Zukunft sichern will, muß reformfähig bleiben. Und Reformen 1989 sind nicht mehr Reformen, wie sie in sozial-liberaler Zeit üblichen waren, wo einfach nur mehr Geld ausgegeben wurde.

Ich bin ganz sicher, daß die Kampagnen der SPD gegen uns zusammenbrechen. So ein Wahlplakat der SPD „Ab 1. Januar darfst Du nicht mehr krank werden“ hat ja jetzt schon seine Schamlosigkeit erwiesen.

Zu dem Slogan, mit dem wir gerade die Schlußrunde des Wahlkampfes bestückt

haben „Dem Sozialismus laufen die Leute davon. Sie wählen die Freiheit“: Ein aktuelleres als dieses Wahlmotto kenne ich nicht. Das Wahlmotto ist augenscheinlich bestätigt.

Es wird für uns darauf ankommen, gerade den programmatisch inhaltlichen Teil unserer Politik deutlich zu machen. Wenn ich von Zukunft spreche, spreche ich nicht von irgendeinem ideologischen Zukunftsentwurf, sondern von einer kinderfreundlichen Welt. Und Politik für die Familien ist auch Wohnungspolitik. Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen ist bisher ein Beweisstück für eine Politik gegen die Kinder.

Wenn meine Beobachtung stimmt, dann befindet sich unsere Gesellschaft in einer abwartenden Haltung, in einer abwarten- den Haltung mit allen Chancen und Risi-

ken. Ich sehe diese abwartende Haltung bestätigt in dem hohen Anteil der Wahlenthaltung. Das ist eine starke Partei, die nicht gewählt hat, fast ein Drittel. Ich sehe sie auch in der Zersplitterung des Parteiwesens, die ich auch für den Ausdruck einer Orientierungslosigkeit halte. Wir müssen uns deshalb die Frage stellen, ob wir die Alternativen, die zu einer Konzentration der politischen Kräfte führen, hinreichend deutlich machen.

Um es auf den Punkt zu bringen: Das Ergebnis der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, auf die Landtagswahl im kommenden Jahr hochgerechnet, bedeutet, daß Nordrhein-Westfalen keine regierungsfähige Mehrheit mehr hat. Um so wichtiger ist der Kampf um politische Konzentration und Orientierung durch klare Alternativen.

Aktion Willkommen für Landsleute aus der DDR

Die Kreisgeschäftsstellen haben vor gut einer Woche je 100 Exemplare des Leitfadens für die Aktion „Willkommen für unsere Landsleute aus der DDR“ erhalten. Wir erinnern noch einmal daran, daß zusätzliche Exemplare auf Anforderung in der CDU-Bundesgeschäftsstelle kostenlos zur Verfügung stehen. Telefon (02 28) 54 44 77.

Wir bitten Sie sehr herzlich, Aktionen für unsere Landsleute aus der DDR, die in Ihrem Bereich stattfinden, nach Kräften zu fördern und uns auch von den Erfolgen, die Sie haben, zu berichten. Wir wollen nämlich aus Ihren Beiträgen im Uid berichten und damit dazu beitragen, möglichst viele Nachahmer zu interessieren und die vorhandene Hilfsbereitschaft unseren Landsleuten gegenüber zu verstärken.

Parteitagsbeschlüsse

Wir möchten Sie noch einmal daran erinnern: Die wichtigen Beschlüsse des Bundesparteitags zur Umwelt- und Energiepolitik sowie zur Ausländer- und Asylpolitik können in unserem IS-Versandzentrum, 4804 Versmold, Postfach 1328, bezogen werden.

- „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“ mit der Einführungsrede von Klaus Töpfer

Bestell-Nr.: 5191

Mindestabnahme: 50 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 25,00 DM

- „Wir wollen ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern“ mit der Einführungsrede von Wolfgang Schäuble

Bestell-Nr.: 5192

Mindestabnahme: 50 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 10,00 DM
(Preise zuzügl. MwSt. inkl. Versand)

Norbert Blüm: Was 1982 als Utopie galt, ist heute Wirklichkeit geworden

Als wir im Oktober 1982 die Regierung übernahmen, befand sich unser Land in einem Entwicklungstal und in einem Stimmungstief. Die regelmäßig erhobene Infas-Umfrage ergab 1982: 63 Prozent der Befragten waren beunruhigt, pessimistisch über die politischen Zukunftsaussichten.

Für September 1989, sieben Jahre später, stellt Infas fest, daß 82 Prozent der Bundesbürger überwiegend zuversichtlich in die Zukunft der deutschen Wirtschaft schauen.



Anfang der achtziger Jahre stagnierte unsere Wirtschaft. Das Bruttonsozialprodukt ging zurück. Man verschleierte den Vorgang damals hinter dem Kunstwort „Minuswachstum“. 1982 ging die Wirtschaftsleistung um 1 Prozent zurück, 1988 stieg sie real um 3,6 Prozent, im ersten Halbjahr 1989 sogar um real 4,6 Prozent.



Die **Realeinkommen** der Arbeitnehmer sanken 1981 um 1,8 Prozent, 1982 um 2,2 Prozent; von 1985 bis 1989 haben sie insgesamt um 7,5 Prozent zugenommen.



Durch die **Steuerreform** 1990 und durch sinkende Beiträge infolge der Gesundheitsreform werden sich 1990 nochmals rund 3 Prozent realer Einkommenszuwachs in den Taschen der Arbeitnehmer befinden. Mit anderen Worten: Der durchschnittlich verdienende Arbeitnehmer hat im nächsten Jahr gegenüber 1985 einen realen Zuwachs an Kaufkraft von 2.100 DM — das ist sozusagen eine zweiwöchige Urlaubsreise —, dank einer vernünftigen, soliden Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

Wenden wir auch den Blick auf den Arbeitsmarkt: Zu Beginn dieses Jahrzehntes, 1980, stieg die **Arbeitslosigkeit** dramatisch an, zwischen 1980 und 1983 um rund 1,37 Millionen Arbeitnehmer, die arbeitslos wurden. Das war ein Anstieg der Arbeitslosigkeit um 154 Prozent.

Wie ist das Ergebnis heute? Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte im Juli 1989 27,72 Millionen. Das ist der höchste Stand

Aus der Regierungserklärung
 des Bundesarbeitsministers
 zur Wirtschafts- und
 Beschäftigungspolitik am
 28. September 1989

der Erwerbstätigen seit dem Kriegsende. Das ist ein Beschäftigungsrekord in unserem Land.



Mit rund 65 Prozent waren **Frauen** an dem Arbeitsplatzgewinn überproportional beteiligt. Noch nie in der Geschichte unserer Republik hatten so viele Menschen Arbeit, noch nie zuvor haben so viele Frauen einen Arbeitsplatz gefunden. Das ist das Ergebnis unserer Politik.



Europaweit sind wir Spitze im Kampf gegen **Jugendarbeitslosigkeit**. Der Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren an der Zahl aller Arbeitslosen betrug im Juli 1989 in Italien 53 Prozent. Jeder zweite Arbeitslose in Italien war ein Jugendlicher unter 25 Jahren. In Portugal betrug diese Zahl 42 Prozent, in Spanien 41 Prozent, in den

Niederlanden 37 Prozent, in Luxemburg 36 Prozent, in Irland 33 Prozent, in Frankreich 30 Prozent. In Großbritannien betrug der Anteil 29 Prozent. Fast jeder dritte Arbeitslose dort war unter 25 Jahren. Mit weitem Abstand folgt die Bundesrepublik mit 16,9 Prozent. Betrachten Sie die Extreme: über 50 Prozent in Italien und 16 Prozent bei uns!



334.000 Menschen haben im August ihre Arbeitslosigkeit beendet. In keinem August vorher gab es eine so hohe Abmeldung aus der Arbeitslosigkeit. Seit Jahresbeginn wurden 1,5 Millionen Menschen in Arbeit vermittelt.

Das ist das beste Ergebnis seit 1977. Es zeigt, wie unser Arbeitsmarkt in Bewegung geraten ist. — Auch das ist eine Wende.



Nach der Wende 1982 überschrieb die Wochenzeitung „Die Zeit“ einen Beitrag mit der damals utopisch klingenden Überschrift: „Hoffen auf das zweite Wunder.“ Was damals als Utopie galt, ist heute Wirklichkeit. Es ist kein Wunder, aber es ist das Ergebnis des Fleißes der Arbeitnehmer, der Handwerker, der Unternehmer, der sich wieder lohnt.



Vor unseren Grenzen drängeln sich Menschen, die zu uns wollen. Vor sozialistischen Grenzen drängeln sich Menschen, die raus wollen, um jeden Preis raus wollen. Das ist der Unterschied zwischen freiheitlichen Systemen und sozialistischen Systemen.

Sozialistische Systeme haben Auswanderungsprobleme, wir haben Einwanderungsprobleme. In Moskau habe ich noch keine Asylantenschlangen gesehen, in Ost-Berlin auch nicht.



Eine große Herausforderung ist die Aufnahme unserer Landsleute, die als Aus-

und Übersiedler zu uns kommen. Sie sind auch ein Stimulans für unsre Solidarität. Sie werfen uns aus dem Trott der eingespielten Routine und fordern von uns schnelle Antworten. Der Wohnungsbau muß angekurbelt werden. Wohnungen für alle, für die Einheimischen und für die, die zu uns kommen! Das schafft auch Arbeit. Das ist auch eine Hilfe für den Arbeitsmarkt.



Die Aus- und Übersiedler kommen mit nichts außer dem ungestillten Hunger auf Freiheit. Sie haben genug Sozialismus erfahren. Sie haben den Sozialismus satt. Sie kommen mit Tatendrang und Vertrauen in uns und in unsere Gesellschaftsordnung. Deshalb stützen sie eine freiheitliche Gesellschaftsordnung. Sie sind geradezu eine Mentalitätshilfe. Sie bringen die Mentalität, seine Lebensgeschichte selber in die Hand zu nehmen, mit. Das könnte auch ein Schub gegen die Gesinnung einer Hängemattengesellschaft werden. Sie bringen Zuversicht und damit auch ein Stimulans gegen Pessimismus mit.



Unsere Landsleute bringen die Erfahrung mit, was Freiheit wert ist. Ich finde, in dieser Wohlstandsgesellschaft könnte die Selbstverständlichkeit der Freiheit zum Erlahmen unserer Kräfte führen. Insofern sind unsere Landsleute, die mit der Erfahrung des Sozialismus zu uns kommen, geradezu eine Stütze eines neuen Aufbruchs, der Freiheit und der Selbstverantwortung in unserem Leben einen größeren und stärkeren Platz einzuräumen, als es in den Betreuungsgesellschaften sozialistischer Art der Fall war.



Kampf gegen Arbeitslosigkeit heißt auch, Kampf gegen die, die es sich in der Arbeitslosigkeit gemütlich gemacht gemacht haben und unsere Arbeitslosenversiche-

rung ausnutzen. Wer den wirklich Arbeitslosen helfen will — und wir wollen ihnen helfen —, muß sie vor der Verwechslung mit Faulenzern schützen.



Ein Beispiel dafür, daß es solche gibt, bietet das Arbeitsamt Neumünster, wo 344 Arbeitnehmer zur Teilnahme an einem Kurs aufgefordert wurden. Von diesen 344 Arbeitnehmern sind 56 gar nicht zur Bera- tung erschienen. 39 lehnten die Teilnahme ohne wichtigen Grund ab. 38 haben sich aus der Arbeitslosigkeit abgemeldet. 29 haben die Maßnahme ohne wichtigen Grund nicht angetreten. 8 waren postalisch nicht erreichbar.



Unser **Gesundheitssystem** stand in Gefahr, zur großen Trainingsstätte der Fremdsteuerung des Menschen zu werden. Es erweckte den Anschein, als wäre Gesund-

Teurer ist nicht besser

heit nur eine Frage der Lieferung von außen und nicht auch eine Leistung der Selbstverantwortung. Es stimmt nicht, wenn man sagt, daß, je teurer unsere Krankenversicherung ist, das um so besser für unsere Gesundheit ist. Diese Annahme ist das Alibi dafür, aus der Krankenversicherung herauszuholen, was immer herauszuholen ist.

Wenn die Krankenkasse alles und jeden Preis zahlt, warum soll man nicht alles mitnehmen? Der Verein der Mitnehmer hatte sehr viele Mitglieder, auch viele Mitglieder unter den Leistungsanbietern. Unsere Gesundheitsreform ist ein Impuls, Selbstverantwortung zu stärken.

Die Gesundheitsreform ist doch erfolg-
reich, Arzneimittelpreise purzeln über
Nacht um 30 Prozent bis 50 Prozent. Das
ist doch ein Erfolg für die Versicherten. Es
ist doch ein Erfolg für die Arbeitnehmer
und für die Handwerker. Arzneimittel-

preise — von denen behauptet wurde, sie könnten gar nicht sinken, ohne daß die Forschung zusammenbrechen würde — sind über Nacht um 30 Prozent und mehr gesunken.



Brillenhersteller: Es wurde angedeutet, es gebe keine Brillengestelle für 20 DM mehr. Die schönsten Brillengestelle, noch schöner als meines, gibt es für 20 DM in allen Optikerläden.

Hörgeräte: Über Nacht um 22 Prozent geringere Peise! Über Nacht Garantiezeit verlängert! Heute lese ich eine Anzeige: Besser hören — jetzt auf Staatskosten. Das sagen dieselben, die noch vor einem halben Jahr gesagt haben, die Hörgeräteversorgung werde zusammenbrechen.



600.000 Schwertpflegebedürftige werden zu Hause versorgt: Mütter versorgen ihre Kinder, Väter versorgen ihre Kinder, Frauen ihre Männer, Männer ihre Frauen, 600.000! Das sind die stillen Heiligen des Sozialstaats. An die hat bisher niemand gedacht. Wir helfen ihnen mit 5 Milliarden DM für die Schwertpflegebedürftigen. Die von der SPD diskutieren über die Pflegeversicherung.



Das ist unsere Botschaft: eine Gesellschaft mit Selbstvertrauen; Bürger, Arbeitnehmer, Unternehmer, Handwerker, Inge-

Hilfe zur Selbsthilfe

nieure und Geschäftsleute, die sich selbst wieder etwas zutrauen. Hilfe ja, aber in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe.

Wir brauchen eine Kultur, in der die Menschen nicht am Gängelband des Staates geführt werden, sondern eine nachbarschaftliche Kultur, einen neuen familialen Aufbruch für Selbstverantwortung und Selbstvertrauen.

Generalsekretär Volker Rühe:

Die Demokratisierung der DDR ist unumgänglich geworden

Was wir heute in Mittel- und Osteuropa erleben, ist ein Neubeginn durch Freiheit und Selbstbestimmung, ist Wandel durch das Beispiel und die Anziehungskraft von Freiheit und Demokratie. Diese Entwicklung, für die Ungarn und Polen beispielhaft stehen, läßt sich zusammenfassen unter dem Begriff: „Wandel durch demokratische Freiheit“.

In einer Zeit von tiefgreifenden Veränderungen in Mittel- und Osteuropa erhält die Deutschlandpolitik eine neue Dimension. Wenn es richtig war, daß es keinen deutschen Sonderweg zu Einheit in Freiheit gibt, dann ist es heute auch richtig, daß die Freiheitsfrage, die von Polen und Ungarn aufgegriffen wurde, zu Freiheit und Selbstbestimmung auch für alle Deutschen führen wird.

Dieser Veränderungsprozeß in Mittel- und Osteuropa wird nicht an Deutschland vorbeigeführt werden können. Deshalb werden auch die Versuche der SED-Führung keinen Erfolg haben, das eigene Land gegen diese Entwicklung hin zu mehr Offenheit und Freiheit in Europa abzuschotten. Die Demokratisierung in der DDR ist unumgänglich geworden. Und diese Demokratisierung ist dann auch ein Schritt in Richtung auf das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen.

Die Grundlagen für diese Veränderungen müssen in der DDR selbst geschaffen werden. Aber wir können eigene Beiträge dazu leisten:

■ So werden wir den Reformprozeß in Ungarn und Polen noch stärker unterstützen. Damit wollen wir den anderen Staaten in Mittel- und Osteuropa, wollen wir auch der DDR signalisieren, daß greifbare Schritte zu wirklichen politischen und wirtschaftlichen Reformen auch für

In einer Sendung von RIAS Berlin hat der Generalsekretär der CDU die Forderungen genannt, zu denen sich die Erwartungen an die DDR-Führung hinsichtlich demokratischer Reformen zusammenfassen lassen.

sie die Möglichkeiten für eine bessere Zusammenarbeit verbessern werden.

■ Wir werden den Dialog mit denjenigen Menschen in der DDR und in den anderen Staaten Mittel- und Osteuropas noch weiter intensivieren, die sich für politische und wirtschaftliche Reformen in ihren Ländern einsetzen.

■ Und wir werden den Dialog nachdrücklich auch mit denjenigen Regierungen führen, die gegenüber diesen Veränderungsprozeß noch die größte Zurückhaltung üben. Doch werden wir dabei auch unmißverständlich unsere Erwartungen zum Ausdruck bringen.

Die Menschen im anderen Staat in Deutschland fordern für sich dieselben Freiheitsrechte, wie sie die Ungarn und

die Polen sich erkämpfen. Unsere Erwartungen an die DDR-Führung hinsichtlich demokratischer Reformen lassen sich deshalb in folgenden Forderungen zusammenfassen:

- Wandel durch Anerkennung und uneingeschränkte Beachtung des Rechts auf freie Selbstbestimmung für alle Deutschen.
 - Wandel durch Schaffung eines Rechtsstaates, der auf den Menschen- und Bürgerrechten gründet: Der Mensch mit seiner Würde und seinen Rechten muß im Mittelpunkt der Politik stehen.
 - Wandel durch freie Wahlen auf allen Ebenen! Das schließt ein, daß es künftig ein echtes Mehrparteiensystem geben muß, in dem es kein Machtmonopol, sondern demokratische Vielfalt gibt.
 - Wandel durch allgemeine Reisefreiheit ohne Mauer und Rückkehrrecht für alle, die aus der DDR ausgebürgert wurden.
 - Wandel durch Befreiung der Menschen von staatlicher Gängelung und Bevormundung, durch Freisetzung der menschlichen Fähigkeiten in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.
- Ich bin mir sicher: Durch einen derartigen Wandel in der DDR wird ein historischer Schub in Richtung auf die deutsche Einheit entstehen.

Erster Spatenstich für das Haus der Geschichte

Mit den ersten Spatenstichen haben Bau- ministerin Gerda Hasselfeldt und Innen- minister Wolfgang Schäuble den Bau des Hauses der Geschichte in Bonn eingeleitet. Das Museum wird voraussichtlich 1993 eröffnet. Auf etwa 4000 Quadratmetern Fläche soll nach dem Willen der Bundesregierung die „Geschichte unseres Staates und der geteilten Nation“ dargestellt werden.

Zinserleichterungen und Sonderabschreibungen für zusätzliche Wohnungen

Die Bonner Koalitionsparteien von CDU/CSU und FDP haben sich heute vormittag darauf verständigt, mit weiteren wohnungspolitischen Sofortmaßnahmen den Bau zusätzlicher Wohnungen zu fördern.

Im Mittelpunkt stehen Zinserleichterungen und Sonderabschreibungen für die Schaffung neuer Wohnungen im vorhandenen Gebäudebestand und für den Dachgeschoßausbau. Der Bau neuer Studentenwohnungen soll mit insgesamt 500 Millionen Mark gefördert werden. Zinsgünstige Kredite sollen den Gemeinden die Bereitstellung zusätzlicher Baugrundstücke erleichtern.

Die neuen Maßnahmen sind auf 3 Jahre befristet. Sie ergänzen die schon beschlossene Erhöhung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau auf insgesamt 1,6 Milliarden Mark und die bereits wirksamen Steuererleichterungen für den Mietwohnungsbau.

Die wohnungspolitischen Maßnahmen kommen allen Bürgern zugute, ein Sonderprogramm nur für Aus- oder Übersiedler wird es nicht geben.

Bundesbauministerin Gerda Hasselfeldt: Die heute beschlossenen wohnungspolitischen Sofortmaßnahmen umfassen ein Kreditvolumen von insgesamt 2 Milliarden DM. Ich bin sicher, daß wir unser Ziel, in den nächsten drei Jahren eine Million neuer Wohnungen zu schaffen, erreichen werden. Schon heute haben wir rund 25 Prozent mehr Wohnungsbaugenehmigungen als im vergangenen Jahr; im Geschoßwohnungsbau beträgt der Anstieg sogar rund 60 Prozent

Kindererziehungsleistung

Weitere 900 000 Frauen werden begünstigt

Ab dem 1. Oktober 1989 erhalten auch die rund 900 000 Frauen der Geburtsjahrgänge 1912 bis 1916, wenn sie im Inland ein Kind geboren und einen Antrag gestellt haben, pro Kind 28,80 Mark für die Kindererziehung. Damit tritt die dritte Stufe des von der CDU eingeführten Kindererziehungs-Leistungsgesetzes in Kraft.

Bereits heute erhalten rund 1,7 Millionen Mütter der Geburtsjahrgänge 1911 und früher Leistungen für die Kindererziehung, unabhängig davon ob sie eine Rente der Gesetzlichen Rentenversicherung beziehen oder nicht. Durchschnittlich erhalten sie 71 Mark im Monat für die Kindererziehung ausbezahlt.

Mit dem Kindererziehungs-Leistungsge- setz hat die CDU für die älteren Mütter, die zum großen Teil ihre Kinder unter schweren Bedingungen erziehen mußten, einen wichtigen Beitrag zu einer Gleich- bewertung der Erziehungstätigkeit in der Familie und einer Erwerbstätigkeit geleistet. Durch das Kindererziehungs-Leistungsgesetz wurde diesen Müttern erstmals ein eigener Rechtsanspruch zuerkannt.

Gerhard Braun, Bundesvorsitzender der Senioren-Union: Die Senioren-Union weist noch einmal darauf hin, daß alle Mütter der Geburtsjahrgänge 1916 und früher, die noch keinen Antrag gestellt haben, diesen Antrag unverzüglich stellen sollten, damit sie rechtzeitig die ihnen zustehenden Leistungen erhalten. Die Mitglieder der Senioren-Union in den Orts- und Kreisverbänden stehen bei der Beantragung gerne hilfreich zur Seite.

Niedrigere Gebühren für Pakete nach Polen

Der Hilferuf Polens nach Unterstüt- zung in vielfältiger Weise, vor allem auch durch kostenlose Lebensmittel, soll nicht unverhakt bleiben. Schon der Bundesparteitag der CDU hatte nach Erläuterung durch Bundespost- minister Schwarz-Schilling empfohlen, die Paketgebühren für Polen zu redu- zieren.

Mit allem Nachdruck begrüßt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Einzelhei- ten, die der Staatssekretär im Ministe- rium für Post- und Telekommunikation Florian im zuständigen Bundestagsaus- schuß erläutert hat.

Die Maßnahmen sollen zu einer Gebüh- rensenkung von ca. 40 Prozent für die Zeit vom 15. Oktober 1989 bis 15. März 1990 führen.

Bei einem Geschenkpaket zwischen 10 und 15 kg werden die Gebühren von ca. 40 DM auf rund 23 DM zurückge- nommen.

Gerhard O. Pfeffermann, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Post und Telekommunikation: Damit kommt die zweifelsfrei vorhandene Hilfsbereitschaft bei den Bürgern in der Bundesrepublik rechtzeitig vor dem Weihnachtsfest zum Tragen.

Personalien

Auf Vorschlag von Generalsekretär Vol- ker Rühe wurde der Europa-Abgeordnete **Elmar Brok** zum Nachfolger Rühes als Vorsitzender des Bundesfachausschusses Außenpolitik der CDU gewählt. Stellver- tretende Vorsitzende sind der Berliner Bundestagsabgeordnete **Peter Kittelma** und der Koordinator für die deutsch-amerikanischen Beziehungen, **Prof. Werner Weidenfeld**.

Alfred Dregger: Freie Wahlen für die Menschen in der DDR

Wir erleben bewegende Tage, und ich glaube, wir sollten uns am Beginn unserer heutigen Sitzung dem Deutschlandthema widmen.

Wir sind ein freies Land. Wir haben freie Botschaften, die jeder betreten kann, die insbesondere jeder Deutsche betreten kann, solange das nicht aus physischen Gründen ausgeschlossen ist. Und das Problem der DDR muß von der DDR gelöst werden oder von der Tschechoslowakei. Es lassen sich ja auch andere Lösungen vorstellen; es gibt ja Beispiele aus der Vergangenheit. Jedenfalls: Wir lassen uns nicht zu Handlangern von Herrn Honecker machen! Mir scheint das ganz wichtig zu sein.

Herr Honecker sollte überlegen, ob er seine Jubiläumsfeierlichkeiten absagt und statt dessen die gesellschaftlichen Gruppen in der DDR zu einem „runden Tisch“ einlädt, um über die Krise der DDR zu beraten und über Auswege aus dieser verfahrenen Situation. Ich erinnere an die Peinlichkeiten in Peking, wo ja auch 40 Jahre Volksrepublik China gefeiert wurde, und die chinesische kommunistische Führung die Menschen auf demselben Platz hat tanzen lassen, wo vor kurzem noch friedliche Demonstranten zusammengeschossen worden sind.

Ich glaube, daß es ein Erfolg der Bundesregierung ist, des Kollegen Seiters, des Außenministers, daß nun diese Ausreise aus Prag und aus Warschau stattgefunden hat. Das ist den Leuten in Ost-Berlin sehr schweregefallen.

• Dazu hat — außer dem Geschick der Bundesregierung — beigetragen die Ent-

schlossenheit der DDR-Flüchtlinge, auf ihrem Recht auf Freizügigkeit zu bestehen.

- Dazu hat beigetragen die Entschlossenheit der Bundesregierung, unsere Botschaften nicht zu schließen.
- Und dazu hat beigetragen die Angst des Regimes vor der internationalen Blamage.

Daß wir unsere Landsleute aus der DDR aufnehmen können, auch in unseren Botschaften, hat zur Voraussetzung, daß wir an der gemeinsamen Staatsbürgerschaft festhalten. Wenn daran festgehalten wurde, dann ist das unser Verdienst. Die SPD hatte ja ganz andere Vorstellungen.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Fraktionssitzung am 3. Oktober 1989 zur Massenflucht aus der DDR und zur Deutschlandpolitik

Dann müßten wir unsere Mitbürger heute allenfalls als Asylberechtigte zusammen mit anderen Leuten aus irgendwelchen Erdteilen hier aufnehmen. Ich glaube, wir müssen das ganz entschieden sagen.

Wir müssen nun außer der Lösung der aktuellen Probleme auch ein bißchen über die Perspektiven nachdenken.

Es findet ja ein revolutionärer oder ein evolutionärer, jedenfalls ein ungeheuerer Wandel statt in der Sowjetunion und in Ost-/Mitteleuropa. Und deswegen müssen wir immer wieder überlegen, ob wir die Ziele und die Methoden unserer

Deutschlandpolitik überprüfen müssen, und welche Schwerpunkte wir bilden müssen.

Dazu gehört zunächst einmal die Unterstützung des Reformprozesses in Polen und in Ungarn. Nur wenn der Reformprozeß in Polen und in Ungarn erfolgreich ist, besteht auch eine Chance, daß er in der DDR erfolgreich sein kann. Der Zusammenhang ist ja unverkennbar.

Das zweite ist die Unterstützung der Reformbestrebungen in der DDR selbst. Dazu gehört, daß wir mit allen reden in der DDR, die dazu bereit sind, auch mit der Regierung, auch mit der Regierung selbstverständlich, weil sie die Macht hat. Dazu gehört, daß wir darauf hinwirken, daß der Reformprozeß in Ost-/Mitteleuropa nicht an der DDR vorbeigeht. Es darf kein neues Albanien an der Elbe geben.

Das dritte: In Polen haben freie Wahlen stattgefunden, beschränkt freie Wahlen, weil die Kommunisten sich einige Abgeordnetensitze im Sejm vorbehalten haben; sonst wäre überhaupt kein Kommunist gewählt worden. Aber die anderen sind frei gewählt worden.

Und die Reformkommunisten in Ungarn haben erklärt: Wir machen unbeschränkt freie Wahlen. Wir werden keine Reservatssitze für die Kommunistische Partei vorsehen.

Nachdem die freien Wahlen in Polen beschränkt stattgefunden haben, in Ungarn unbeschränkt stattfinden werden, muß es ganz klar sein, daß das auch den Deutschen in der DDR nicht versagt bleiben kann. Statt Wandel durch Annäherung oder Wandel durch Abstand halten: Wandel durch enge Kommunikation und durch freie Wahlen, freie Wahlen für die Menschen in der DDR!

Schwerpunkt also auf die innere Veränderung der DDR legen.

Das andere Thema, staatliche Einheit der Deutschen, ist nicht von uns angeschnitten worden; das ist so ähnlich wie mit den Grenzen.

Aber der Landesparteitag der hessischen SPD hat es für angemessen gehalten, auch noch einstimmig, die staatliche Einheit der Deutschen auszuschließen. Während die NEW YORK TIMES — und Sie können die ganze westliche Presse nehmen — davon schreibt, daß die deutsche Frage wieder in den Mittelpunkt der europäischen Politik gerückt ist, entblöden sich diese Kerle nicht, und Damen sind auch wohl dabei, einen solchen Beschuß zu fassen.

Ich möchte sagen: Niemand hat Anlaß, sich vor der deutschen Einheit zu fürchten. Auch durch den Zusammenschluß der Bundesrepublik Deutschland und der DDR würde keine Weltmacht entstehen. Wir leben nicht mehr in einem europäischen Mächtesystem, sondern in einem Weltmächtesystem, in dem halb- oder außereuropäische Mächte dominieren. Dadurch würde sich nichts ändern.

Ein vereinigtes Deutschland würde Glied eines vereinten Europas sein. Dieses vereinte Europa zu schaffen, ist immer Ziel unserer Außenpolitik geblieben — und das bleibt es auch!

Und ich bin der Meinung: Gerade in einer solchen Situation, wie sie jetzt sich ergibt, ist das wichtig, das immer wieder zu betonen, daß die Einheit Deutschlands und die Einheit Europas sich nicht ausschließen, sondern sich einander bedingen.

Schließlich möchte ich auch klarstellen: Auch ein vereintes Deutschland würde eine demokratische Verfassung nach dem Beispiel des Grundgesetzes haben. Etwas anderes kommt für uns überhaupt nicht in Frage.

Gesetzentwurf zur Rentenstrukturreform:

Viele Verbesserungen für Frauen

Die Rentenstrukturreform 1992 bringt entscheidende Fortschritte für Frauen, weil sie die 1986 eingeführte Anerkennung der Erziehungsarbeit ausweitet, erstmals in der Rentengeschichte auch die nicht berufsmäßige Pflegearbeit einbezieht und weitere Schlechterstellungen in der Rente abbaut, die den Frauen aus der Familienarbeit und den Benachteiligungen im Erwerbsleben erwachsen:

● Für Geburten ab dem 1. Januar 1992 wird die **Kindererziehungszeit** in der gesetzlichen Rentenversicherung von einem Jahr auf drei Jahre pro Kind ausgedehnt. Sind Mütter oder Väter während dieser ersten Lebensjahre des Kindes nicht erwerbstätig, wird ihnen ein Rentenbeitrag für 75 Prozent des Durchschnittsentgelts aller Beschäftigten gutgeschrieben. Bei einem Erwerbseinkommen unter 75 Prozent des Durchschnittsentgelts wird der Rentenbeitrag bis zu dieser Höhe aufgestockt. Vor 1986 entstanden in Zeiten der Kindererziehung ohne Erwerbsbeteiligung versicherungsrechtliche Lücken.

● Die **Berücksichtigungszeit wegen Kindererziehung** wird um fünf Jahre bis zum 10. Lebensjahr des Kindes verlängert, auch für vor 1992 geborene Kinder. So bleibt 10 Jahre lang ein **Anspruch auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit** auch ohne Pflichtbeiträge gewahrt. Bisher ist er nur bis zum 5. Lebensjahr des Kindes gewährleistet.

Die 10jährige Berücksichtigungszeit wegen Kindererziehung wird auf die **35jährige Wartezeit für vorzeitige Altersrenten** an Schwerbehinderte ab dem 60.

Lebensjahr und an sonstige Personen ab dem 63. Lebensjahr angerechnet. Viele Frauen können dadurch einen Anspruch auf vorzeitige Altersrente geltend machen. Nach geltendem Recht wird die bisher geltende 5jährige Berücksichtigungszeit wegen Kindererziehung nicht auf die Wartezeit angerechnet.

Wegen der leichter erreichbaren Erfüllung der 35jährigen Wartezeit können auch mehr Frauen die vorgesehene Ver-

Die Rentenstrukturreform wertet die Familienarbeit weiter auf: Pflegearbeit wird erstmals und Kindererziehung noch stärker als bisher anerkannt.

längerung der Rente nach Mindesteinkommen in Anspruch nehmen: Es werden jetzt auch niedrige Pflichtbeiträge aus der Zeit zwischen 1973 und 1991 angehoben, und zwar höchstens bis zum 75-Prozent-Wert des Durchschnittsentgelts aller Beschäftigten. Hier von profitieren vor allem Frauen, da viele von ihnen ein niedriges Erwerbseinkommen haben. Bisher werden niedrige Pflichtbeiträge für Zeiten bis 1972 auf 75 Prozent des Beitragswerts eines Durchschnittsentgelts aller Beschäftigten angehoben, falls 25 Versicherungsjahre — und zwar ohne Zeiten der freiwilligen Versicherung, Ausfallzeiten und ohne die 5jährige Berücksichtigungszeit wegen Kindererziehung — vorliegen.

Die Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung sollen bei der Ermittlung

des Gesamtleistungswertes, der zur **Bewertung der Anrechnungszeiten** dient, so behandelt werden, als ob in diesen Zeiten für 75 % des Durchschnittsentgelts aller Beschäftigten Beiträge gezahlt worden wären. Bisher werden diese Jahre als versicherungsrechtliche Lücke gewertet.

- Ehrenamtlichen bzw. niederwerbsmäßig tätigen Pflegepersonen werden ab 1992 unter bestimmten Bedingungen „**Pflegeberücksichtigungszeiten**“ ohne zeitliche Begrenzung anerkannt. Diese haben dieselben günstigen Wirkungen wie

Pflege ist keine Lücke mehr

die Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung. Bisher werden Zeiten der Pflege in der Familie als versicherungsrechtliche Lücke gewertet.

- Ebenfalls besonders den Frauen kommt die neue **Mindestbewertung der ersten vier Versicherungsjahre oder Zeiten einer Berufsausbildung** zugute: Für diese Dauer werden niedrige Pflichtbeiträge bis zum Alter von 25 Jahren, für eine Berufsausbildung auch weitere, auf 90 Prozent des Durchschnittsentgelts aller Beschäftigten angehoben. Angerechnet werden die ersten 48 mit Pflichtbeiträgen belegten Kalendermonate. Bisher werden die Pflichtbeiträge der ersten fünf Kalenderjahre nach Versicherungseintritt angehoben, so daß ein einziger freiwilliger oder Pflichtbeitrag die Kalenderjahre ablaufen läßt, auch wenn in dieser Zeit kein weiterer Beitrag erfolgt.

- Die Anrechnung und Bewertung von beitragsfreien und beitragsgeminderten Zeiten erfolgt künftig nach der **Gesamtleistungsbewertung** in der Weise, daß der gesamte Beitragswert (Werteinheiten bzw. künftig Entgeltpunkte) des einzelnen Versicherten durch die gesamte Versicherungsdauer abzüglich der Anrechnungszeiten (z. B. wegen Ausbildung in der

Schule, Fachschule oder Hochschule) geteilt wird. Liegen versicherungsrechtliche Lücken nicht vor, entspricht der Gesamtleistungswert dem durchschnittlichen Beitragswert.

Mit dem Gesamtleistungswert werden die beitragsfreien und beitragsgeminderten Zeiten gewichtet. Zeiten des Bezugs von Lohnersatzleistungen wie Krankengeld, Arbeitslosengeld und -hilfe, werden nicht mehr wie beitragsfreie Ausfallzeiten, sondern wie Beitragszeiten behandelt. Berücksichtigungszeiten der Kindererziehung und der Pflege werden nicht mehr wie versicherungsrechtliche Lücken, sondern im Rahmen der Gesamtleistungsbewertung wie Beitragszeiten behandelt. Künftig werden auch alle freiwilligen Beiträge einbezogen. Außerdem wird nicht mehr nach dem Beitragswert für einzelne belegte Kalendermonate unterschieden, so daß 12 Monate mit Halbtagsarbeit gleich viel wert sind wie 6 Monate Ganztagsarbeit. Für alle Versicherten beginnt das Versicherungsleben zukünftig mit dem 16. Lebensjahr und nicht mehr mit dem ersten Beitrag.

- **Abgeschafft wird die sog. Halbbelegung** als Voraussetzung für die Anrechnung von Ausfallzeiten. Bisher gilt die Regelung, daß die Zeit vom ersten Versicherungsbeitrag bis zum Versicherungsfall wenigstens zur Hälfte, mindestens aber 60 Monate, mit Pflichtbeiträgen belegt

Anrechnung von Ausfallzeiten

sein muß. Jede zweite verheiratete Frau mit Kindererziehung erfüllt derzeit diese Voraussetzung nicht. Schon ein Monatsbeitrag kann bisher über die Anrechnung von vielen Jahren der Ausbildung, Arbeitslosigkeit und Krankheit entscheiden. Ein einziger früher Beitrag oder ein später Versicherungsfall kann nach geltendem Recht das Versicherungsleben so

verlängern, daß eine Halbbelegung nicht erreicht wird.

Bei gleichem Beitragswert kann die Halbbelegung — je nach Verteilung und Höhe der Beiträge — in einem Fall erfüllt sein und in einem anderen nicht. Nichterwerbstätige Frauen können bisher eine Halbbelegung auch nicht mit freiwilligen Beiträgen erreichen. Die Entrichtung zusätzlicher Beiträge, z. B. durch eine Teilzeitbeschäftigung, kann gegenwärtig zu einer geringeren Rente führen als keine Erwerbstätigkeit, wenn vorher Beiträge aus einer Vollzeitbeschäftigung gezahlt worden sind. Diese Zufälligkeiten und Zwänge werden nun mit der Gesamtleistungsbewertung abgeschafft.

- Künftig können ehrenamtliche bzw. nicht berufsmäßige Pflegepersonen — weitaus überwiegend sind dies Frauen — mit freiwilligen Beiträgen, die den Pflichtbeiträgen gleichgestellt werden, einen Anspruch auf eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit erwerben bzw. aufrechterhalten. Bisher können diese Pflegepersonen nur freiwillige Beiträge entrichten, mit denen jedoch kein Anspruch auf eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit erworben werden kann.

Bisher ist es nicht möglich, für Arbeitnehmer, die ihre Erwerbstätigkeit einschränken, um eine Person besser pflegen zu können, zusätzliche Pflichtbeiträge zu zahlen, so daß das gleiche Entgelt wie vorher versichert ist. Dies soll in Zukunft möglich sein.

- Künftig können auf Antrag auch nichterwerbstätige Frauen zu günstigen Bedingungen Beiträge für Zeiten vor der Heiratserstattung nachzahlen. Bisher steht dieses Recht nur den Frauen zu, die nach der Heiratserstattung eine versicherungspflichtige Beschäftigung von mindestens zwei Jahren ausgeübt haben und noch ausüben.

Wert der Nation

Die europäische Einigung hat in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht, die entscheidend der Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl zu verdanken sind. Europa ist zu einer starken politischen und wirtschaftlichen Kraft geworden.

Gleichzeitig wächst ein neues Bewußtsein vom Wert der eigenen Nation, der eigenen Sprache und Kultur. Das Ringen der Völker Mittel- und Osteuropas um ihre nationale Identität, die Liebe der Deut-

EAK-Bundestagung am 20./21. Oktober 1989

schen aus diesen Ländern zur deutschen Heimat, der Kampf unterdrückter Völker um ihre Freiheit lassen auch uns neu fragen nach Bedeutung und Wert unserer nationalen Identität für unser Leben in unserem Staat.

Ungeachtet der Einbindung in die weltweite Christenheit und unserer Verantwortung für die Welt ist die Zugehörigkeit zu einem Volk, zu seiner Geschichte und seiner Kultur für den Christen nicht nur Angebot, sondern auch Verpflichtung. Übersteigertes nationales Denken hat unser Volk in furchtbare Verirrung und Schuld geführt. Mit aller Entschiedenheit muß vor jedem Versuch gewarnt werden, die Nation wieder als absoluten Wert und im Gegensatz zur Europäischen Gemeinschaft zu sehen.

Staatsminister Albrecht Martin, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises: Das darf uns nicht hindern, für die Zukunft unseres ganzen deutschen Volkes in Frieden und Freiheit mit aller Energie einzutreten.

Neues Jugendhilferecht verabschiedet

Bundesregierung hat Wort gehalten

Mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfs zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts durch das Bundeskabinett ist gewährleistet, daß dieses wichtige jugendpolitische Vorhaben noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden kann. Damit wird eingelöst, was Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung am 18. März 1987 angekündigt hat: „Wir wollen die Neuordnung des Jugendwohlfahrtsgesetzes in Angriff nehmen, um neuen Entwicklungen in der Jugendhilfe zu entsprechen.“

Die wesentlichen Zielsetzungen des neuen Kinder- und Jugendhilferechts:

- Verbesserung der Angebote der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit
- Verbesserung der Hilfen für Familien in besonderen Lebenssituationen (Alleinerziehende, Trennungs- und Scheidungssituationen, Sicherung der Kinderbetreuung und Führung des Haushalts bei Aus-

Hilfen für Familien

fall des haushaltshaltenden Elternteils, Unterbringung junger Mütter zusammen mit ihren Kindern in Mutter-Kind-Einrichtungen)

- Verbesserung der Angebote der Tagesbetreuung für Kinder
- gesetzliche Verankerung ambulanter und teilstationärer erzieherischer Hilfen (sozialpädagogische Familienhilfe, Tagesgruppen im Heim) neben den klassischen Formen der Pflegefamilie und der Heimerziehung
- Zusammenfassung aller Erziehungshilfen bei den örtlichen Jugendämtern

- Stärkung des Funktionsschutzes freier Träger durch frühzeitige Beteiligung an der Jugendhilfeplanung.

Ruth Hieronymi, Vorsitzende des Bundesfachausschusses Jugendpolitik: Der heute vom Bundeskabinett verabschiedete Entwurf für ein neues Jugendhilfegesetz hat in der Fachwelt über Parteigrenzen hinaus ein breites positives Echo gefunden. Die CDU begrüßt insbeson-

Breites positives Echo

dere den Versuch, das Angebot an Kindergartenplätzen und die Tagesbetreuung von Kindern zu verbessern. So müssen alle Kinder, für deren Wohl eine Förderung in Tageseinrichtungen oder Tagespflege erforderlich ist, eine entsprechende Hilfe erhalten. Die Länder, in deren Verantwortungsbereich die Verwirklichung dieses Grundsatzes fällt, werden im weiteren Gesetzgebungsverfahren unter Beweis zu stellen haben, wie ernst es ihnen mit dem Ausbau notwendiger Kinderbetreuungsmöglichkeiten ist.

Für die CDU sind der Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten und der bereits beschlossene Ausbau von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub wesentliche Bausteine einer zukunftsorientierten Kinder-, Jugend- und Familienpolitik.

Mit der Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts setzt die CDU nicht nur ihre Beschlüsse vom Wiesbadener Parteitag für eine kinderfreundliche Gesellschaft konsequent um; sie stärkt und entlastet die Familien und sichert damit der künftigen Generation ein wesentliches Stück Zukunft.

Landesparteitag in Heilbronn

Volle Unterstützung und eine Welle der Solidarität für Lothar Späth

„Lothar Späth hat unsere volle Unterstützung und Solidarität. Wir stehen geschlossen und mit Sympathie hinter unserem Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten.“ Mit diesen Worten beschrieb Erwin Teufel, stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg und Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion die Stimmung der über 400 Delegierten beim Landesparteitag der baden-württembergischen CDU am 30. September in Heilbronn.

Harmonie, so der Name des Veranstaltungsortes in Heilbronn, könne als Synonym gewertet werden, auch im Hinblick auf die weitere politische Arbeit in der CDU. Wer jedoch eine Abrechnung mit der Bundespartei im Hinblick auf das Wahlergebnis beim Bundesparteitag in Bremen, bei dem Lothar Späth als einer der Stellvertreter Kohls im Präsidium der Bundespartei nicht mehr gewählt worden war, erwartet hatte, der wurde enttäuscht. Zwar werteten Erwin Teufel, wie die Delegierten des Parteitages übereinstimmend, das Bremer Wahlergebnis als falsche Entscheidung, die bei vielen Bürgern weit über das Land Baden-Württemberg hinaus tiefe Enttäuschung und Irritationen ausgelöst habe.

Jedoch gelte es gerade in einer für die CDU schwierigen Zeit den Blick nach vorn zu richten. „Die CDU muß die mehrheitsfähige Volkspartei bleiben. Dazu ist die Basis zu verbreitern mit zustimmungsfähigen Zielsetzungen und Personen. Gerade weil Lothar Späth über

das derzeitige Potential der CDU hinaus Wähler ansprechen kann, ist er so wichtig für die gesamte CDU im Bundesgebiet“, so Erwin Teufel. Die Baden-Württemberger werden sich, auch aus ihrem Wissen um die Gesamtverantwortung für die Union heraus, in keinen Schmollwinkel zurückziehen und nach Schuldigen suchen, betonte Teufel abschließend.

„Wir wollen nicht rückblickend bilanzieren oder aufrechnen, sondern zukunftsorientiert unseren programmatischen Kurs bestimmen“, betonte Lothar Späth eingangs seiner mit viel Beifall bedachten Grundsatzrede.

Wir müssen Orientierung geben

„Die Menschen reagieren oft viel schneller und sensibler auf Veränderungen als die Politik. In den Gesprächen mit dem Bürger zeigt sich, daß deutlicher denn je wertorientiertes Handeln im Mittelpunkt des Interesses steht.

Wir müssen den Zehn-Jahreszeitraum bis zum 50. Geburtstag unseres freien Landes und seiner Verfassung nutzen, um mit neuen mutigen Entwürfen die Faszination unserer Ideen zu stärken. Wir wollen zeigen, was wir im Sinne unseres Wertesystems von Freiheit, Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit, von Bewahrung unserer Schöpfung über alle Generationen hinweg leisten können. Was wir leisten müssen, ist Orientierung zu geben. Unser christlich und sozial geprägtes Wertesystem hat viele Stürme überdauert. Es verträgt keine taktischen Winkelzüge“, so Späth weiter.

Auf die aktuellen Herausforderungen eingehend forderte der CDU-Landesvorsitzende hinsichtlich des demographischen Wandels eine sozialpolitische Offensive seitens der Partei. Sozialer Schutz sei in erster Linie denjenigen zu gewähren, die sich kraft eigener Leistung nicht helfen können. Dies bedinge allerdings die Solidarität der Menschen.

Späth spannte in seinen Ausführungen den Bogen von der Sozialpolitik über Umweltfragen, den Europäischen Binnenmarkt bis hin zur Entwicklungshilfe. Späth wörtlich: „Die weltweiten Herausforderungen unter dem Stichwort Klimakatastrophe und Verschmutzung der Meere erfordern einen internationalen Großbeinsatz, um das nicht vermehrbare, damit aber besonders schützenswerte Gut unseres Lebensraums auch für zukünftige Generationen zu sichern. Die Industrieländer müssen ihr ökonomisches, soziales und ökologisches Potential einsetzen, wenn es um unser aller Zukunft geht. Wir müssen den Entwicklungsländern wirkliche Chancen geben, in dem wir selbst Rohstoffe und Energie einsparen, Umweltschäden vermeiden und uns in der internationalen Politik darauf verständigen, gemeinsame Lösungen zu entwickeln und durchzusetzen.“

Die CDU müsse auch als Partei diese wesentlichen Fragen aufgreifen und Perspektiven bieten. Die Union sei die einzige politische Kraft Deutschlands, die den Interessenausgleich zwischen freier Entfaltung und sozialer Verpflichtung, zwischen Tradition und Fortschritt leisten kann. Sie sei die einzige Partei, die das Recht des Individuums, des geborenen wie des ungeborenen, und die Rechte der Gemeinschaft, der Starken wie der Schwachen, nicht gegeneinander ausspielt, sondern zu einer Synthese verbindet. Diese Synthese ist die humane, freiheitliche, solidarische Gesellschaft.

Die CDU Baden-Württembergs werde auch künftig ihren Kurs nicht ändern. Sie bleibe heimatverbunden und weltoffen, wertebewußt und sachorientiert, lebensnah und nötigenfalls unbequem, aufgeschlossen nach Außen und geschlossen im Inneren, so Späth abschließend.

Solidarisch und geschlossen hinter Lothar Späth

Solidarität und Geschlossenheit bewies die Partei auch bei den Neuwahlen zum Landesvorstand. Mit 95,9 Prozent der Delegiertenstimmen wurde Lothar Späth als Landesvorsitzender bestätigt. Er erhielt damit den zweithöchsten Ja-Stimmen-Anteil in seiner zehnjährigen Amtszeit. Ebenfalls ein überragender Vertrauensbeweis wurde Erwin Teufel zuteil, der 394 von 410 gültigen Delegiertenstimmen bei seiner Wahl als stellvertretender Landesvorsitzender einfahren konnte.

Des weiteren konnte der Anteil der Frauen abermals gesteigert werden. Sieben Damen wurden in das 25 Personen umfassende Beisitzerremium gewählt. Der Parteitag beschloß ferner, daß jegliche Form der Zusammenarbeit mit den Republikanern künftig zu einem Parteiausschlußverfahren führt. Zwei Anträge zum Thema § 218 wurden angenommen. Im ersten dieser Beschlüsse begrüßt die baden-württembergische CDU die Absicht der Bayerischen Staatsregierung, beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen den Mißbrauch des gegenwärtigen Beratungs- und Indikationsfeststellungsverfahrens bei Abtreibungen und der sogenannten Abtreibung auf Krankenschein zu klagen. In einem weiteren Beschuß hat der CDU-Landesparteitag sich gegen die in Stuttgart geplante Abtreibungs-Klinik gewandt und die Landesregierung aufgefordert, alles rechtlich und politisch Mögliche zu tun, um deren Eröffnung zu verhindern.

Landesparteitag in Mainz

Drei Ämter sollen künftig reichen

Stärkung der Glaubwürdigkeit von Politik und Politikern ist eines der Anliegen, die der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Hans-Otto Wilhelm verficht. Der 36. Landesparteitag beschäftigte sich daher am 30. September 1989 im wesentlichen mit Strukturfragen der Partei.

Der Landesvorstand hatte in einem Leitantrag vorgeschlagen, daß Parteimitglieder insgesamt nicht mehr als drei Ämter in Staat und Partei innehaben dürfen. Mitglieder, die mehr Ämter innehaben, sollen Ämter ihrer Wahl bis zur Gesamtzahl von drei bei der nächsten anstehenden Wahl aufgeben. Bei jeder Bewerbung soll durch eine Offenlegungsverpflichtung sichergestellt sein, daß die Kandidaten ihre Ämter bekanntgeben.

Die Ämter des Ministerpräsidenten und des Landesvorsitzenden sollten auf maximal zehn Jahre beschränkt, die Frage der Unvereinbarkeit der Ämter des Ministerpräsidenten und der Minister mit dem Mandat des Abgeordneten im rheinland-pfälzischen Landtag soll geprüft werden. Eine verfassungsrechtliche Lösung soll gesucht werden, die eine Trennung zum Ziel hat.

Der Landesvorstand wurde außerdem aufgefordert, eine Kommission „Parlamentsreform — Verbesserung der parlamentarischen Arbeit — Vereinbarkeit von Landtagsmandat und Beruf“ einzusetzen. Die Kommission soll sich aus einem Vorsitzenden, vier Sachverständigen, zwei Abgeordneten und zwei sachkundigen Bürgern zusammensetzen und ihre Ergebnisse dem Landesparteitag noch in dieser Legislaturperiode vorlegen. Im einzelnen

soll die Kommission Lösungsvorschläge zu folgenden Themen erarbeiten:

- Kann die Arbeit des Landtags gestärkt und konzentriert werden durch: Entlastung der Tagesordnung, Konzentration der Plenardebatten auf landespolitische Themen, Stärkung der Arbeit der Ausschüsse, Begrenzung der Redezeit, Eindämmung der Papierflut?
- Kann es den Abgeordneten erleichtert werden, neben dem Abgeordnetenmandat den Beruf weiter auszuüben, z. B. durch: Änderung der Tagungszeiten des Landtages und seiner Ausschüsse, Einführung von weniger Sitzungswochen im Jahr, Konzentration sämtlicher Ausschuß- und Fraktionsitzungen auf wenige im Monat, Abbau von Informationsdefiziten zwischen Parlament und Regierung, Stärkung der Kontrollmöglichkeiten des Parlaments, Entlastung der Abgeordneten durch Zuarbeit?

Der Landesvorsitzende Hans-Otto Wilhelm: „Wir müssen Kräfte für die CDU mobilisieren. Die Strukturfragen und die Sacharbeit in der Politik gehören zusammen wie siamesische Zwillinge. Wer heute den Kopf in den Sand steckt, knirscht morgen mit den Zähnen.“ Nach einer engagiert geführten Debatte stimmte der Landesparteitag den Vorstellungen des Landesvorstandes zu.

Weiterer Punkt des Landesparteitages war das Thema „Direktwahl der Bürgermeister und Landräte“. Der Parteitag sprach sich mit großer Mehrheit für eine Direktwahl von Landräten und Bürgermeistern durch die Bürger aus. Die CDU-Landtagsfraktion soll entsprechende

Initiativen ergreifen, um dies schnellstmöglich zu erreichen.

Dritter Sachpunkt des Landesparteitages war der Leitantrag des Landesvorstandes zum Thema „Schnellbahnverbindung in Rheinland-Pfalz“. Die CDU Rheinland-Pfalz bekräftigte dazu ihre Auffassung, daß die sogenannte „Rhein-Taunus-Variante“ am besten geeignet sei, eine Schnellbahnverbindung zwischen Nordrhein-Westfalen und Frankfurt herzustellen. Im Hinblick auf den Südteil des Landes wurde die Bundesregierung aufgefordert, im Zuge der Schnellbahnstrecke Metz—Mannheim in Kaiserslautern einen Haltepunkt durchzusetzen. Der Landesparteitag forderte die Landesregierung auf, ein rheinland-pfälzisches Verkehrskonzept „Rheinland-Pfalz 2000“ zu entwickeln, das Antworten auf regionale und europäische Entwicklungsfragen gibt. ■

CDU Ennepe-Ruhr führt Dienstleistungsabend ein

Wer auch nach Feierabend noch etwas von der CDU des Ennepe-Ruhr-Kreises wissen will, hat dazu in Zukunft an einem Tag der Woche Gelegenheit.

Während für die Bürgerinnen und Bürger die CDU-Kreisgeschäftsstelle bisher nur bis spätestens 16 Uhr erreichbar war, ist sie seit dem 2. Oktober an jedem Donnerstag durchgehend von 7.45 Uhr bis 20 Uhr geöffnet.

Die CDU des Ennepe-Ruhr-Kreises hofft, daß ihr Schritt zur Einführung des Dienstleistungsabends viele Nachahmer findet, insbesondere bei Behörden, Banken und Sparkassen. Andere CDU-Kreisverbände sind natürlich ebenfalls aufgefordert, diesem Beispiel zu folgen.

Beschleunigung des Asylverfahren dringend

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Monat September 1989 10.292 Asylbewerber (Vormonat: 9.472 registriert. Hauptherkunftsländer sind: Polen 1.971 (Vormonat: 1.988) Türkei 1.843 (Vormonat: 1.335) Jugoslawien 1.423 (Vormonat: 1.050) Sri Lanka 601 (Vormonat: 381) Iran 436 (Vormonat: 552).

Gegenüber dem Vormonat hat sich damit die Zahl der Asylbewerber erneut erhöht. Sie liegt allerdings deutlich unter der Vergleichszahl des Vorjahresmonats (September 1988: 13.125).

Insgesamt haben in den neun Monaten dieses Jahres 86.695 Ausländer Asylantrag gestellt, das sind 27 Prozent mehr Asylbewerber als im Vergleichszeitraum 1988 (68.306 Asylbewerber).

Bei dem Asylbewerberzugang aus Polen sind die Zahlen unverändert hoch. Auf die Staaten Osteuropas entfielen im September 2.973 Asylbewerber; das ist ein Anteil von 28,9 Prozent an der Gesamtzahl der Asylbewerber.

Bis zum 30. September 1989 hat das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge über die Anträge von 91.462 Asylbewerbern entschieden. Als asylberechtigt anerkannt wurden 4.915 Personen; das entspricht einer Anerkennungsquote von 5,4 Prozent (1988: 8,6 Prozent).

Bundesinnenminister Schäuble: „Die gestiegenen Asylbewerberzahlen und die weiter sinkende Anerkennungsquote unterstreichen die Dringlichkeit der Maßnahmen zur Beschleunigung der Asylverfahren, die ab diesem Monat in den Ländern weitgehend anlaufen werden.“

Am 1. Oktober:

7 Jahre Kanzler Helmut Kohl

7 Jahre erfolgreiche Arbeit für Deutschland

1982: Damals hatte die SPD Deutschland in die Krise geführt

1982, das war: Inflation; steigende Arbeitslosigkeit; schrumpfende Wirtschaft; fehlende Ausbildungsplätze; Rentenversicherung vor der Zahlungsfähigkeit; Kostenexplosion im Gesundheitswesen; Familien mit Kindern im Abseits; Marsch in den Steuern- und

Abgabenstaat; Tatenlosigkeit im Umweltschutz.

Kriegsfurcht und Raketenangst; Krise im westlichen Bündnis; Europa festgefahren; Stillstand in der Deutschlandpolitik; Eiszeit zwischen Ost und West.

1989: Heute sind wir wieder Spitze

Seit sieben Jahren wachsende Wirtschaft; stabile Preise und steigende Einkommen; Platz 1 im Export; 1,4 Millionen neue Arbeitsplätze; Lehrlingsmangel statt Lehrstellenmangel; die Krankheitskosten sind wieder bezahlbar; 6 Milliarden Mark für Pflege und Vorsorge; noch nie wurde mehr für die Familien getan; 50 Milliarden Mark Steuerentlastung; wir sind Vorreiter im Umweltschutz in Europa.

Der Frieden ist sicher; das Bündnis ist gestärkt; die Abrüstung und der Ost-West-Dialog gehen voran; Europa hat neuen Schwung: der Europäische Binnenmarkt kommt; überall in der DDR und in Osteuropa entfalten die Ideale des Westens: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte ihre ansteckende Kraft, die Einheit der Nation steht wieder im Zentrum des politischen Interesses.

Helmut Kohl hat in sieben Jahren Deutschland nach vorne gebracht



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Eine Reform, die ankommt

Fast 350 000 Exemplare der Broschüre „Gesundheitsreform von A bis Z“ sind seit Januar dieses Jahres überwiegend über unser Versandzentrum in 4804 Versmold, Postfach 1328, vertrieben worden.

Diese unverändert rege Nachfrage hat es nötig gemacht, die Broschüre in einer neuen Auflage herauszugeben.

Allen Versuchen zum Trotz, das Reformwerk zu Fall zu bringen, wird es von den Bürgern angenommen, und zwar um so vorurteilsloser, je informierter jeder einzelne über die Vorteile ist, die diese Reform mit sich bringt.

Norbert Blüm: „Wir haben die Voraussetzungen geschaffen, daß auch in Zukunft das hohe Leistungsniveau unseres Gesundheitswesens erhalten bleibt.“

UID

31/89

Aktualisierte Auflage

Gesund heits reform

Die Krankenversicherung bleibt bezahlbar

Die Vorsorge wird
verstärkt

Die Pflege wird
anerkannt



Bestell-Nr.: 5126

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis je Mindestabnahme: 18,— DM
(Preise zuzügl. MwSt. inkl. Versand)

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300
Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Tele-
fon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, **Ver-
trieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr.
Uwe Lüthje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto
Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln
Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis
jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:**
Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.